

Frau & Politik

Magazin der Frauen Union der CDU Deutschlands

FU!

Ausgabe 5+6/2017 · 63. Jahrgang G2977



Frauenrechte erkämpft

CDU

Auf den Punkt gebracht	2
Schwerpunkt	
Frauen erkämpfen sich Rechte	
100 Jahre Frauenwahlrecht	5
Kampf um Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz	7
Streiterin für Frauenrechte	9
Mit seelischer Schwungkraft	11
Stark in den Ländern	13
GroKo in Niedersachsen	
Frau im Gespräch	
Interview mit Rosely Schweizer über Käte Ahlmann	15
Frauen Union Sachsen	17
Vorstellung	19
Mitgliederbeauftragte der Frauen Union	
Europa	20
Herausforderungen des Populismus	
Frau & Info	21
Frau vor Ort	22
Kampagne gegen Leerstand	
Frau & Info	23
Impressum	



Liebe Frauen,

wir erleben eine spannende politische Zeit mit großen Herausforderungen im Land, in Europa und global. Deutschland braucht eine stabile Regierung. Die CDU ist dazu bereit. Nach der Bundestagswahl konnten die Bürgerinnen und Bürger jedoch den Eindruck gewinnen, dass einige Parteien lieber auf den Oppositionsbänken Platz nehmen, als Verantwortung für unser Land zu übernehmen. Die jetzigen Gespräche mit der SPD sollen eine Grundlage schaffen, damit es zügig zu Koalitionsverhandlungen kommt. Dabei werden wir als CDU darauf achten, dass wir unsere Zusagen für Frauen, Familien und in der Sozialpolitik einlösen. Verbesserungen beim Kindergeld und Kinderfreibetrag, in der Alterssicherung von Frauen oder der Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter. Für uns stehen die Menschen mit ihrem Lebensalltag im Mittelpunkt.

Die parlamentarische Arbeit steht natürlich nicht still. Nachdem kürzlich eine Gießener Ärztin zu einer Geldstrafe zu 6000 Euro verurteilt wurde, weil sie gegen das Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche auf ihrer Homepage verstoßen hat, versuchen jetzt einige Fraktionen den §219a Strafgesetzbuch zu kippen. Ich sehe keine Notwendigkeit für eine Veränderung dieser Regelung. Auch die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits einen Beschluss dazu gefasst. Sie will das verankerte Werbeverbot für Schwangerschaftsabbrüche unverändert beibehalten.

Das Werbeverbot ist Bestandteil eines Schutzkonzeptes für das ungeborene Leben, das in jahrzehntelanger gesellschaftlicher Diskussion entwickelt wurde. Wenn wir hier Hand anlegen, wäre auch das Schutzkonzept an sich in Frage gestellt.

Wer es ernst meint mit dem Schutz des ungeborenen Lebens, muss an den Stellen, wo dieser Schutz gefährdet ist, einschreiten. Wir haben ein intensives Informations- und Beratungssystem etabliert, das der besonderen Konfliktsituation der betroffenen Frauen Rechnung trägt. Dort erhalten Frauen alle notwendigen medizinischen Informationen, auch über Ärzte, die Abbrüche vornehmen. Sie können hier aber auch über persönliche, soziale und ethische Fragen sprechen – und zwar in einem geschützten Raum, der frei ist von wirtschaftlichen Interessen.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist keine ärztliche Dienstleistung wie jede andere. Ein Abbruch nach § 218 Strafgesetzbuch ist im Grundsatz verboten und bleibt nur in bestimmten Fällen straffrei. Wir haben hier eine Ausnahmesituation – nicht nur rechtlich, sondern vor allen Dingen für die Frauen, die sich in einer Konfliktsituation befinden. Frauen brauchen in dieser Situation sachliche Information und unabhängige Beratung. Eine mit materiellem Interesse verbundene Information und Werbung leisten das gerade nicht. Insofern hat sich an der Notwendigkeit dieses Strafrechtsparagrafen nichts verändert. Es ist nicht sachgerecht, auch angesichts der Entstehung des § 218, eine so grundlegende Regelung mal kurz im Hauruckverfahren in einer parlamentarischen Interimszeit zu ändern. Das ist dem Verfassungsauftrag nicht angemessen.

Für die Frauen Union steht 2018 ein besonderes Jubiläum an: Wir feiern unseren 70. Geburtstag! In der zweiten Jahreshälfte können wir uns über die Einführung des Frauenwahlrechts vor 100 Jahren freuen. Die Jubiläen werden hinreichend Anlass bieten, kritisch Bilanz zu ziehen, aber auch über künftige Zielsetzungen zu beraten.

Das Jahr 2017 hat mit vier Landtagswahlkämpfen und einer Bundestagswahl besondere Herausforderungen an uns gestellt. In drei Ländern stellt die CDU erfolgreich eine Ministerpräsidentin im Saarland und zwei Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. In Niedersachsen ist die CDU als Juniorpartner wieder in Regierungsverantwortung. Im Bund sind wir klar stärkste Kraft geblieben. Allen, die daran mitgewirkt haben, gilt ein herzliches Dankeschön.

Ich wünsche Ihnen eine gesegnete Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr 2018!

Herzlichst,
Jewe Annette Widmann-Mauz

Annette Widmann-Mauz
Vorsitzende der Frauen Union der CDU Deutschlands



Abstimmung im Bundestag zur Verschärfung des Sexualstrafrechts – Frauen stimmen heute selbstverständlich mit und setzen Themen

Frauen erkämpfen sich Rechte

2018 ist ein Frauenjahr! Vor 100 Jahren wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt. Im Mai 2018 wird die Frauen Union der CDU Deutschlands 70 Jahre alt.

Am 30. November 1918 trat in Deutschland das Reichswahlgesetz mit dem Frauenwahlrecht in Kraft. Es war ein langer Weg bis zur Wahl der ersten Frauen in die verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung am 19. Januar 1919.

Nach den Rückschritten in der Zeit des Nationalsozialismus brachte die Aufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige Weichenstellungen. Die Mütter des Grundgesetzes Frieda Nadig, Elisabeth Selbert, Helene Weber und Helene Wessel haben als Mitglieder des Parlamentarischen Rates wesentlich zum Entstehen des Grundgesetzes und zu der verfassungsrechtlichen Gleichstellung von Frauen und Männern beigetragen. Die Vernetzung der Frauen in der Wirtschaft wurde maßgeblich durch die VdU-Gründerin Käthe Ahlmann vorangetrieben. In der CDU haben Frauen wie Maria Roos aus Düsseldorf die Demokratie mit aufgebaut.

Im Zuge der Wiedervereinigung bot sich die Gelegenheit, die Weiterentwicklung von Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz voranzutreiben. Ursula Männle erinnert sich daran wie Frauen der Union gemeinsam den Durchbruch erreichten.



Die historisch erste nachweisbare Forderung nach uneingeschränkt gleichen politischen Rechten für Frauen erhob Olympe de Gouges im Zuge der Französischen Revolution 1789. 1918 waren die Frauen in Deutschland mit der Einführung des Frauenwahlrechts endlich am Ziel.

100 Jahre Frauenwahlrecht

2018 jährt sich die Einführung des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts für Frauen und Männer in Deutschland zum hundertsten Mal. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 durften Frauen dann zum ersten Mal auf nationaler Ebene ihr Stimmrecht ausüben und sich zur Wahl stellen. Die Umbruchsituation am Ende des Ersten Weltkrieges hatte endlich auch in Deutschland zu einem Durchbruch geführt. Begeistert feierten Frauen 1918 diese Weichenstellung in der symbolträchtigen Frankfurter Paulskirche.

Die Frauen machten von dem neu gewonnenen Mitwirkungsrecht umfassend Gebrauch. Entgegen der allgemeinen Erwartung lag die Wahlbeteiligung der Frauen bei 82 Prozent. In absoluten Zahlen nahmen sogar mehr Frauen als Männer an dieser Wahl teil. Von den 300 Kandidatinnen zogen 37 in das erste Parlament der Weimarer Republik ein. Der Frauenanteil lag so bei knapp 9 Prozent.

Die historisch erste nachweisbare Forderung nach uneingeschränkt gleichen politischen Rechten für Frauen erhob Olympe de Gouges im Zuge der Französischen Revolution 1789. Sie stellte der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, die die neu gewonnenen Rechte nur Männern zugestand, die „Déclaration des droits de la femme et de la citoyenne“ entgegen. Darin forderte sie nicht weniger als das Wahlrecht für Frauen und die gleichberechtigte Teilhabe an allen Geschicken des Landes.

Mehr als 100 Jahre später appelliert die erste Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes Hedwig Dransfeld an Frauen, in der schwierigen Situation nach dem Ersten

Weltkrieg von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Gerade nach dem verlorenen Krieg, in dem viele Männer gefallen waren, war sie sich der Macht der Frauen an der Urne bewusst. „Wir Frauen werden deshalb oft in der Lage sein, bei der Wahl den Ausschlag geben zu können. Damit wächst unsere Bedeutung für das politische Leben, damit verdoppelt und verdreifacht sich aber auch unsere Verantwortung.“

Hedwig Dransfeld war eine der wenigen Frauen aus dem bürgerlichen Lager, die 1919 in die Nationalversammlung gewählt wurden. Sie gehörte dem Zentrum an. Auch Helene Weber, die 1948 die erste Vorsitzende der Frauenarbeitsgemeinschaft der CDU/CSU wurde, gehörte zu ihnen. Führende Frauen der bürgerlichen Frauenbewegung zogen für die liberalen und christlich-demokratischen Parteien in die Nationalversammlung ein. Mit 19 Frauen stellten die Sozialdemokraten die meisten Frauen.

Der Katholische Frauenbund formulierte am 22. November 1918 wenige Tage nach der Weichenstellung für das Frauenwahlrecht grundlegende Leitsätze zur politischen Teilhabe: „Aktives und passives Frauenwahlrecht im Reich, in den Bundesstaaten und in der Gemeinde. Vermehrte Mitarbeit der Frauen in der Verwaltung, auch an leitenden Stellen, ... Wirtschaftlich gerechte und ausreichende Entlohnung der weiblichen Arbeit. Möglichkeit des Aufstiegs im Beruf für Frauen.“

Der Einführung der Staatsbürgerrechte auch für Frauen war im 19. Jahrhundert ein jahrzehntelanger von Rückschlägen begleiteter Kampf vorausgegangen. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bildete sich die organisier-

Foto: dpa / picture alliance



Hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen zur Nationalversammlung: Schlange vor einem Wahllokal in Berlin, 19.01.1919

te Frauenbewegung in Deutschland heraus. 1865 wurde der Allgemeine deutsche Frauenverein (ADF) gegründet, dem rasch weitere Frauenvereinsgründungen folgten. Die Stärkung der Bildung von Mädchen und Frauen sowie deren Zulassung zum Studium waren Hauptanliegen der bürgerlichen Frauenbewegung. Fabrikarbeiterinnen schlossen sich in sozialistischen Arbeitervereinen zusammen und setzten sich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Frauen und bessere Entlohnung ein. Auch die Gründung von konfessionellen und berufsständischen Frauenverbänden fällt in diese Zeit.

Das Frauenwahlrecht war innerhalb der Frauenbewegung eine durchaus umstrittene Forderung. Als erste und einzige Partei nahm die SPD 1891 die Forderung für das Frauenwahlrecht in ihr Parteiprogramm auf. Während ihre Geschlechtsgenossinnen in einzelnen Staaten der USA, in Australien und Finnland schon wählen durften, mussten Frauen in Deutschland bis 1908 warten, bis sie Mitglied einer Partei werden durften. Erst die Aufhebung des preußischen Vereinsrechts von 1850 ermöglichte es Frauen, sich überall im Reich politisch zu organisieren und innerhalb der Parteien auf ihre Ziele hinzuwirken.

Nach der Anfangseuphorie ging sowohl die Wahlbeteiligung der Frauen als auch deren Anteil im Reichstag zurück. Das reine Verhältniswahlrecht machte einen guten Listenplatz zum Schlüssel für den Einzug ins Parlament. Dies veranlasste Hedwig Dransfeld 1924 auf dem Reichsparteitag der Zentrumsparterie zu der Forde-

rung, Frauen aussichtsreich auf der Liste zu platzieren: „Es ist eine bekannte Tatsache, daß das Zentrum prozentual die größte Zahl der weiblichen Wähler hat. ... Und doch ist es die Partei, die die geringste Ziffer an Frauenmandaten aufweist ... Also nochmals: in letzter Stunde ein Appell an die Männer und Frauen des Zentrums, an die Wahlkreisausschüsse, an die verschiedenen Stände und Berufe, die um die sicheren Plätze auf der Wahlliste kämpfen! Es gibt Stände, die mit ruhiger Selbstverständlichkeit sogar zwei Plätze auf derselben Liste verlangen und mit der gleichen Selbstverständlichkeit das einzige Frauenmandat fallen lassen oder ihm den Weg zur Liste verbauen.“

Die Herrschaft der NSDAP machte die rechtlichen und institutionellen Fortschritte der Frauenbewegung ab 1933 dann zunächst zunichte. Etliche hochengagierte Frauen, die in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik politische Erfahrung gesammelt hatten, waren sich der Bedeutung der Weichenstellung nach dem Zweiten Weltkrieg bewusst. Sie setzten sich erfolgreich für die Verankerung der uneingeschränkten Gleichberechtigung im Grundgesetz und für die Organisation von Frauen innerhalb der Parteien ein. Trotz der Einführung des Frauenwahlrechts 1918 sah die Weimarer Reichsverfassung lediglich „grundsätzlich“ dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten für Frauen und Männer vor.

Claudia Hassenbach ist Bundesgeschäftsführerin der Frauen Union der CDU

Kampf um Artikel 3 Absatz 2 Grundgesetz

Foto: HSS/Plettenberg



„Gemeinsames Auftreten und Einsatzbereitschaft kann viel bewirken!“ Prof. Ursula Männle zur Erweiterung des Gleichberechtigungsartikels im Zuge der Wiedervereinigung.

Zugegeben – die Formulierung ist nicht prickelnd, eher schwerfällig: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ So lautet der Satz zur Ergänzung von Art. 3 Grundgesetz „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Dennoch ist er ein großer Sieg für die Frauen in Deutschland.

Zur Vorgeschichte: die Wiedervereinigung Deutschlands 1990 machte es notwendig, unser Grundgesetz zu überprüfen, inwieweit Verfassungsartikel geändert oder ergänzt werden müssen. Hierzu setzten Bundestag und Bundesrat eine Gemeinsame Verfassungskommission ein.

Von Beginn der öffentlichen Diskussion über mögliche Grundgesetzänderungen an, forderten die weiblichen Abgeordneten aller Bundestagsfraktionen und die große Mehrheit der Frauenverbände auch die Überprüfung von Artikel 3 GG. Nur zu gut war ihnen die zögerliche Umsetzung des Gleichberechtigungsartikels nach Inkrafttreten des Grundgesetzes 1949 in Erinnerung. Erst 1958 trat das Gleichberechtigungsgesetz in Kraft. Hierin wurde z. B. das Recht des Ehemannes, ein Arbeitsverhältnis seiner Frau fristlos zu kündigen aufgehoben. 1977 erfolgte die Reform des Ehe- und Familienrechts, in der vom Leitbild der Hausfrauenehe Abschied genommen wurde, auch der Name der Frau konnte gemeinsamer Familienname werden. 1980 regelte das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz z. B. das Recht auf gleiches Entgelt.

Viele weitere nötige Reformen standen noch aus. Deshalb stellte die Bundesfrauenministerin Dr. Angela

Merkel, zu Beginn der Verfassungsdiskussion im März 1992 fest, dass beim Gleichberechtigungsgebot Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander klaffen. Über 40 Jahre nach Inkrafttreten der Verfassung seien Frauen in vielen Bereichen immer noch unterrepräsentiert und von einer gleichberechtigten Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Ämtern sei man noch weit entfernt.

Die kontroverse Diskussion begann. Die Auffassungen über eine Ergänzung des Artikels 3 gingen weit auseinander. Kritiker warnten vor einer „Überfrachtung“ oder „Aufblähung“ der Verfassung, einige bestritten die Notwendigkeit einer Änderung. Andere forderten ein aktives Eingreifen des Staates. Der frühere Verfassungsgerichtspräsident Ernst Benda z. B. unterstrich, dass sich aus dem Sozialstaatsprinzip nicht eine Enthaltensamkeit im Sinne vorgefundener gesellschaftlicher Strukturen, sondern die Möglichkeit positiver staatlicher Tätigkeit ergäbe. Eine Ergänzung des Grundgesetzes würde den tragenden Prinzipien des Grundgesetzes nicht widersprechen, sondern sie konkretisieren. Eine klärende und präzisierte Formulierung wäre wünschenswert. In der öffentlichen Anhörung der Gemeinsamen Verfassungskommission äußerte Prof. Benda dies offensiv und unterstützte damit die Position der Frauen in der Union maßgeblich. Schließlich war er als früherer Bundesinnenminister der CDU hoch anerkannt!

Wir Unionsfrauen hatten es in den Diskussionen der Fraktion nicht leicht. Waren doch nur zwei Frauen aus unseren Reihen Mitglieder der Kommission, bei den Männern gab es durchaus abgeschwächte Unterstützung und skeptische Stimmen. Es war notwendig, dass die Unions-

Die Mütter des Grundgesetzes



Die Erweiterung des Gleichberechtigungartikels im Zuge der Wiedervereinigung

Über vier Jahrzehnte nach der Durchsetzung von Artikel 3 Absatz 2 GG boten die politischen Umwälzungen im Zuge der Wiedervereinigung die Chance, den Gleichberechtigungssatz weiterzuentwickeln. Die 1991 eingesetzte Gemeinsame Verfassungskommission (GVK) erhielt den Auftrag mögliche Grundgesetzänderungen auszuarbeiten, die durch die Vereinigung erforderlich geworden waren. Frauenpolitische Akteur/innen forderten die GVK auf, auch die Weiterentwicklung des Gleichberechtigungartikels zum Gegenstand ihrer Beratungen zu machen, denn mit dem bestehenden Satz sei zwar die formale, nicht jedoch die faktische Gleichstellung zwischen Frauen und Männern erreicht worden.

Die Debatte um Artikel 3 Absatz 2 GG gestaltete sich in der Kommission, bestehend aus 64 Mitgliedern des Bundestages und Bundesrates, schwierig. Einig waren sich die Mitglieder darin, dass Frauen weiterhin Benachteiligungen ausgesetzt seien, Uneinigkeit bestand jedoch darüber, mit welchen Instrumentarien diesen Benachteiligungen entgegen gewirkt werden sollte. In zahlreichen Verhandlungen wurde vor allem um die Frage gerungen, ob eine sogenannte Kompensationsregelung zulässig sei, inwieweit Frauen also z.B. im Arbeitsleben durch Fördermaßnahmen eine Bevorzugung zuteilwerden dürfe.



Jetzt oder nie
Frauenrechte in die Verfassung

Plakat der Kampagne „Jetzt oder nie. Frauenrechte in die Verfassung“
Quelle: FRBZ e.V.
© Copyright: Landesarbeitsgemeinschaft der beruflichen Erziehungs- und Frauenbeauftragten Berlin

Foto: Frauen-macht-politik.de

frauen geschlossen auftraten und dass sie selbst einen Vorschlag vorlegten. Mit einer gemeinsamen Presseerklärung im September 1992 gingen wir, Dr. Maria Böhmer, damals Vorsitzende des Bundesfachausschusses Frauenpolitik, Claudia Nolte, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Frauen und Jugend, Susanne Rahardt-Vahldieck, als Berichterstatterin zu Art. 3 in der Verfassungskommission und ich als Vorsitzende der Gruppe der Frauen für alle weiblichen Mitglieder der Fraktion, an die Öffentlichkeit. Wir betonten die Notwendigkeit, die große Lücke zwischen Theorie und Praxis der Gleichberechtigung von Mann und Frau zu schließen und legten einen eigenen Formulierungsvorschlag vor: „Aufgabe des Staates ist es, Bedingungen für die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu schaffen; Maßnahmen zum Ausgleich bestehender Nachteile sind zulässig.“

Viele Formulierungsvorschläge der anderen Fraktionen, der Bundesländer, von Frauenverbänden und Verfassungsjuristen folgten und wurden breit diskutiert. Wie breit, zeigt die Einladung zur öffentlichen Anhörung der Verfassungskommission, wo aufgefordert wurde sich anzumelden, „wegen der hohen Besucherzahl und sich daraus ergebender räumlicher Enge“.

Die Frauen wussten, nur wenn sie einig, überfraktionell, auftraten und nötigen Druck erzeugten, konnten sie etwas erreichen. So agierten wir gemeinsam und verbündeten uns mit den Frauenverbänden. Der Deutsche Frauenrat forderte einen Termin bei Bundeskanzler Kohl, den er bekam und der Bundeskanzler signalisierte Unterstützung (schließlich gab es im Jahr der endgültigen Abstimmung über die Grundgesetzänderungen auch Bundestagswahlen).

Unzählige Frauen aus unterschiedlichsten Organisationen, aus Medien und Kultur, aus der Wissenschaft und

Wirtschaft, prominente Persönlichkeiten unterstützten unser Anliegen. Gemeinsam erstellten die Parlamentarierinnen ein Plakat, das uns und die Unterstützerinnen in kleinen Porträts zeigte, viele bekannte Gesichter, wie „Mutter Beimer“ aus der Lindenstraße, Alice Schwarzer, die Nobelpreisträgerin Prof. Dr. Nüsslein-Volhard. Es prangte an vielen Schwarzen Brettern und öffentlichen Anschlagtafeln! Höhepunkt war eine Großveranstaltung in der Bonner Innenstadt, mit Grußadressen bekannter Frauen und vielfältigem Programm von Künstlerinnen und Kabarettistinnen. So viele Frauen auf einem Platz, die alle fröhlich an einem Strang zogen, hatte das politische Bonn noch nie gesehen.

Und wir hatten Erfolg! Die Gemeinsame Verfassungskommission „bastelte“ aus den vielen vorgeschlagenen Formulierungen einen Kompromissatz.

Nicht schön, aber eindeutig. Er bestätigte, dass es in der Frage der Gleichberechtigung immer noch Defizite gab, und damit Handlungsbedarf besteht- und zwar für den Gesetzgeber. Die Frauenpolitik der damaligen Ministerin Dr. Angela Merkel (die ein umstrittenes neues Gleichberechtigungsgesetz vorgelegt hatte), sowie das Eintreten der weiblichen Abgeordneten und der Frauen Union von CDU und CSU erhielten nun die erforderliche Legitimation durch das Grundgesetz. Die Grundlage für aktive Frauenförderung war gelegt, da kam es auf die Schönheit eines Satzes nicht an. Hauptsache die Richtung stimmte. Vieles ist seit dem Jahr 1994 bewirkt worden, aber noch nicht alles erreicht. Gemeinsames Auftreten und Einsatzbereitschaft kann viel bewirken!

Prof. Ursula Männle ist Vorsitzende der
Hanns-Seidel-Stiftung



Foto: privat

Dr. Maria Roos war die Gründungsvorsitzende der Frauen Union Düsseldorf. Im Nachklang der dortigen 70-Jahr-Feier ergab sich der Kontakt zu ihrem Neffen Mario Nerlich, dessen persönliche Erinnerungen an Gespräche und Erzählungen aus den Anfängen der jungen Bundesrepublik faszinieren.

Streiterin für Frauenrechte

Im Jahre 2012 ist meine „Tante Mia“ in ihrem 97ten Lebensjahr verstorben. Hinterlassen hat sie eine große Lücke im Privaten, war sie doch seit dem Tod ihrer Schwester, meiner Mutter, unsere Mutter und Großmutter. Hinterlassen hat sie aber vor allem für mich eine große Lücke „Geschichte“, und ich vermisse unsere fast täglichen Diskussionen per Telefon – meistens nachts nach den Tagesthemen über politische Aktualitäten und deren historische Ursprünge. Leider muss ich mich in diesem Artikel ausschließlich auf mein Gedächtnis an diese Gespräche verlassen, da ich sämtliche Quellen, die in ihrem und dem Besitz meiner Familie waren, nach ihrem Tod der Konrad-Adenauer-Stiftung übergeben habe, wo diese nun seit über 5 Jahren auf eine professionelle Archivierung warten. Ich bitte daher Fehler bei Daten, Jahreszahlen, numerischen Angaben zu verzeihen.

Geboren wurde Maria Roos am 30. August 1916 auf dem Hunsrück „ze Määsber in der Ibberstub“ (in Maisborn in der Überstube), wie man damals den außer der guten Stube einzig geheizten Raum eines Bauernhauses nannte. Ihr Vater, der selbstständige Baumeister Peter Roos, hatte seine Familie während des Ersten Weltkrieges, den er selber an der Front verbringen musste, dorthin aus dem an Kriegsleiden sehr viel gefährdeteren Düsseldorf evakuiert.

Im Alter von 3 Jahren kehrte sie 1919 mit ihrer Familie nach Düsseldorf zurück, wo sie nach Abschluss der Volksschule das renommierte Gymnasium des Sankt Anna Klosters besuchte, um dort ihr Abitur abzulegen. Schon damals an Geschichte, Politik und „PR“ interessiert, folgte ein Studium der Geschichte und Zeitungswissenschaften,

das sie mit einer Promotion über ein völlig unpolitisches Thema im Jahre 1941 abschloss. (N.B. wurde diese Promotion selbstverständlich nach dem Zweiten Weltkrieg von den alliierten Aufsichtsbehörden gründlichst überprüft und als politisch „absolut unbedenklich und vollkommen regime-fern“ eingestuft und nochmals bestätigt.)

Durch ihren Vater, der schon vor 1933, während der Weimarer Republik, ein engagierter Zentrums Politiker in Düsseldorf war, kam sie gleich zu Beginn der Nachkriegszeit in den engen Kreis um Konrad Adenauer, mit dem ihr Vater während seiner Inhaftierung durch die Nazis 1944 in einem Kölner Gefängnis einige Tage eine Zelle hatte teilen dürfen.

Von Anfang an wurde sie eine enge Vertraute Adenauers, den sie auch ständig auf Frauenfragen und -anliegen aufmerksam machte. So erzählte sie gerne die Anekdote von unserem ersten Bundeskanzler, der einmal zu ihr sagte: „Röslein, wenn se wollen, dat ich auch wat über die Frauen sage, dann müssen Sie sich immer in die erste Reihe setzen, dann bleibt mir jarnix anderes überich“.

Noch vor der offiziellen Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich wurde Adenauer vom englischen Arbeitsministerium gebeten, ob er eine besonders verlässliche und vor allem auch gut Englisch sprechende Mitarbeiterin abstellen könnte, um die Interessen von damals ca. 30.000 jungen deutschen Frauen zu vertreten, die zu dieser Zeit sowohl in der Industrie als auch in Privathaushalten in England arbeiteten. Durch diese drei- bis vierjährige Aufgabe in einem ihr bis dahin völlig unbekanntem Land weitete sich ihr Blick aufs Aus-



Foto: privat

land enorm, und sie gab sich ihrer Arbeit mit besonderem Eifer hin. Dass sie dafür vom englischen Staat bis an ihr Lebensende eine Rente von jährlich 248.- Pfund erhielt, freute sie immer ganz besonders. Auch als das englische Pfund auf einen Bruchteil seines ehemaligen Wertes geschrumpft war, ließ sie uns davon profitieren, denn sie lud uns alljährlich von dieser Rente zu einem Essen in ein besonders gutes Restaurant ein und dies mit den Worten: „Junx, es ist mal wieder Zeit die Großzügigkeiten der Queen zu feiern und aufzufressen.“

Nicht ganz so großzügig zeigte sich hingegen ihr Heimatland: Nachdem sie nämlich so ganz nebenbei durch und über ihre eigentliche Tätigkeit hinaus auch wieder die diplomatischen Beziehungen zum Vereinigten Königreich hergestellt hatte, bekam sie als Frau selbstverständlich nicht den Posten einer Botschafterin, weil ein solcher damals natürlich den „Herren der Schöpfung“ vorbehalten war. Verziehen hat sie diese Kränkung weder ihrem Idol Adenauer noch Deutschland insgesamt bis an ihr Lebensende.

Zurückgerufen ins Auswärtige Amt nach Bonn wartete allerdings schon ein Trostpflaster auf sie: Zusammen mit 50 anderen jungen deutschen Akademikern wurde sie von der Regierung der Vereinigten Staaten zu einem mehrjährigen Aufenthalt in die USA eingeladen, um dort an unzähligen Universitäten über die junge deutsche Demokratie und deren Ziele um Vertrauen und Freundschaft zu werben.

Wieder nach erfolgreicher „mission accomplished“ verbrachte sie noch ein paar Jahre als Pressemitarbeiterin des Auswärtigen Amts in Bonn, bevor der sehr plötzliche Tod ihres Vaters im Jahre 1961 sie nach Düsseldorf zurückrief, um dort nicht nur die Leitung der familieneigenen Bauunternehmung zu übernehmen, sondern auch um kommunalpolitisch in des Vaters Fußstapfen zu treten. So war sie von 1961 bis 1976 jedes Mal mit Direktmandat von weit über 50%, sogar gegen 60%, gewählte Ratslerin der Stadt Düsseldorf für den linksrheinischen Teil der Stadt.

Sowohl als langjährige Vorsitzende des Bau- als auch des Kulturausschusses von Düsseldorf hat sie sich größte Verdienste erworben. Von uns gefragt, warum sie mit nur 60 im Jahre 1976 von allen politischen Ämtern zurücktrat, sagte sie immer nur: „Ach wisst Ihr, als ich jung war und mich mit Herzblut engagierte, gab es immer die älteren Herren, die einfach nie zurücktreten konnten, um der jüngeren – und damals auch weiblichen – Generation Platz zu machen, und da habe ich mir geschworen, nie zu dieser Art von Politikern gehören zu wollen.“

Mario Nerlich lebt in Zürich, wo er seine berufliche Tätigkeit als Wohn- und Bauberater in der Familientradition ausübt.

Mit seelischer Schwungkraft



Foto: KAS/Stomifoto

Helene Weber war eine erfolgreiche Vorkämpferin auf dem Gebiete der Frauenbewegung und der sozialen Arbeit. Der seit 2009 ausgelobte Helene-Weber-Preis für Kommunalpolitikerinnen setzt ihr ein lebendiges Denkmal.

www.helene-weber.de

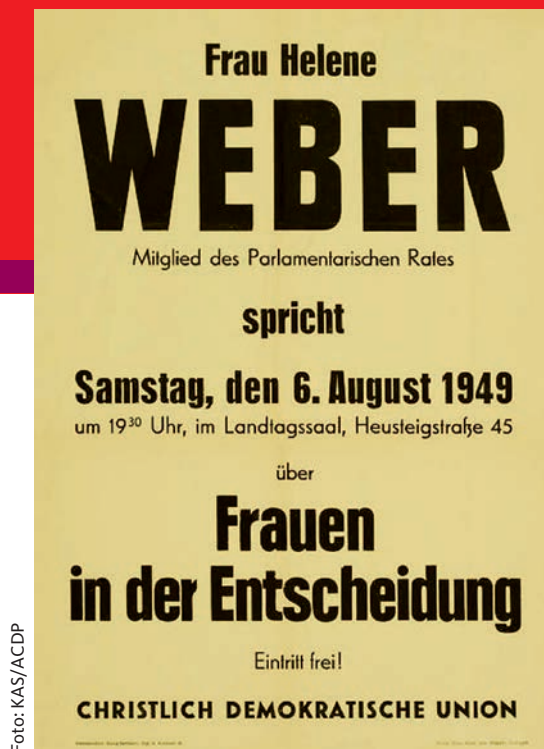
1916, mitten im Ersten Weltkrieg, fand die „Kriegstagung“ des Katholischen Deutschen Frauenbundes im Plenarsaal des Deutschen Reichstags statt – erste große Bühne für eine junge Oberschullehrerin, die antrat mit der Gründung einer sozialen Frauenschule in Köln und des Berufsverbandes katholischer Sozialbeamtinnen die Professionalisierung der sozialen Frauenarbeit in Deutschland entscheidend zu forcieren. Eindringlich beschrieb sie – Helene Weber – die „soziale Frage mit ihrer Fülle von Problemen und praktischen Lösungsversuchen.“ Längst sei „klar..., dass Verständnislosigkeit und hochmütige Herrenmoral unübersteigbare Mauern zwischen den Klassen errichten.“ Die soziale Frage sei „eine Seelenfrage“, die ohne das soziale und politische Engagement der Frauen nicht gelöst werden könne. Die Forderung nach qualifizierter Ausbildung von Mädchen und das Eintreten für das Frauenwahlrecht verbanden sich für Weber – im Widerspruch zur Haltung des Zentrums, dem sie in den Fußstapfen ihres Vaters früh beigetreten war – logisch zu einem doppelten Anspruch gleicher Chancen und gleicher Rechte.

Jahre später erntete Dr. Helene Weber als CDU-Abgeordnete im Deutschen Bundestag „allseitigen Beifall“ für die an ihre frühe Programmatik bruchlos anschließende Zuspitzung: „Der reine Männerstaat ist das Verderben der Völker.“

Zwischen der frühen Rede im Reichstag und der späteren im Bundestag lagen politische Erfolge und Schreckensjahre des Nationalsozialismus. Als erste Ministerialrätin in einem preußischen Ministerium, als Reichstags- und Bundestagsabgeordnete, in ungezählten Ehrenäm-

tern vom Präsidium des Deutschen Vereins bis zum Vorsitz des Müttergenesungswerks hat Helene Weber bis zu ihrem Tod jene „seelische Schwungkraft“ im Übermaß mobilisiert, die sie auf ihren Vortragsreisen im ganzen Land – nächtliche Umstiege auf zugigen Bahnhöfen inbegriffen – so oft als Antriebsmotor sozialen Fortschritts beschrieb. Die Geschichte der Gleichberechtigung ist ohne Anerkennung ihrer Leistungen ebenso wenig zu schreiben wie die Geschichte der Demokratie und der sozialen Arbeit.

Unter den sieben Mitgliedern des Parlamentarischen Rates war Weber 1948/49 eine von nur vier Frauen, die mit dem Grundgesetz das Ordnungsfundament der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg gestalteten. Als „alte Häsin“ wurde sie für den Grundsatzausschuss benannt. Präambel, Grundrechte, Zuständigkeiten von Bund und Ländern, Kriegsdienstverweigerung und Asylrecht gehörten in den Arbeitskatalog dieser Herzkammer der Verfassung; die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse – von Jugendhilfe bis Schule – lag Weber „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ ebenso am Herzen wie die Arbeit an einer Friedensordnung Europas. Neben Helene Weber gab es nur zwei weitere Mitglieder des Parlamentarischen Rates, die dreißig Jahre zuvor bereits Mitglied der Verfassungsgebenden Nationalversammlung gewesen waren. Eine soziale Ordnung, die dazu angetan sein sollte, die Menschenwürde auch der Frauen (und Männer) zu sichern, deren Rechte durch Armut und Ausbeutung verletzt zu werden drohten, war nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg ihr besonderes Anliegen. Uneheliche Mütter, straffällig gewordene Frauen, Famili-



en ohne warme Wohnung und auskömmliches Einkommen – die Sorge um die Ausgeschlossenen begleitete sie ein Leben lang. Viele Weggefährtinnen erinnern sich an ihre Leidenschaft, an ihr preußisches Pflichtverständnis und an ihren rheinischen Humor, mit dem sie ihren Anliegen zum Erfolg verhalf. Und an ihre große schwarze Handtasche. Die Legenden berichten, dass dort stets Schokoladenvorräte gebunkert waren, mit denen Weber zum richtigen Zeitpunkt Verhandlungspartner zu stärken wusste. Im Ernstfall standen ihr aber auch andere Instrumente zur Verfügung. So 1961, als sie einen Sitzstreik der weiblichen Abgeordneten organisierte, um Adenauer endlich eine erste Frau im Kabinett abzutrotzen: Elisabeth Schwarzhaupt wurde nach Webers Intervention Chefin des eigens für sie geschaffenen Gesundheitsministeriums.

Die Situation der Frauen in Frauenberufen blieb Webers ureigenes Thema. Zum Ende der Weimarer Republik verhinderte sie, dass verheiratete Beamtinnen aus dem Dienst entlassen wurden, die über ihren Mann „nicht versorgt“ waren und „eine Familie zu unterstützen“ hatten – ein Kompromiss, der sich den Rollenstereotypen in der Debatte um das „Doppelverdienertum“ widersetzte und anerkannte, dass in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit verheiratete Frauen nicht selten als Familienernährerinnen den Löwenanteil zum Familieneinkommen beitrugen.

Beim Blick auf das Wirken Webers fällt immer wieder ihre Nähe zu den Lebensrealitäten der Frauen auf, die sich verbindet mit einer tiefwurzelnden Beheimatung in tradierten katholischen Wertvorstellungen. Der sozialis-

tischen Frauenbewegung erschien sie damit an etlichen Punkten als rückständig, den männlichen Zentrumskollegen zu widerspenstig. Artikel 6 des Grundgesetzes macht in seiner sich vom Weimarer Vorbild unterscheidenden Fassung besonders deutlich, wofür Helene Weber in parteiübergreifendem Ringen – etwa mit Theodor Heuss kollegial verbunden – kämpfte: Ehe (auch die kinderlose) und Familie sollten unter dem Schutz der staatlichen Ordnung stehen. Die Pflicht und das Recht (!) der Eltern, ihre Kinder zu erziehen, wurde ausdrücklich bekräftigt. Jede Mutter – ob mit oder ohne Ehemann – hat Anspruch auf Schutz und Fürsorge der Gemeinschaft. Unehelichen Kindern sind die gleichen Startbedingungen zu verschaffen wie ehelichen. Das, was so im Grundgesetz spannungsreich angelegt wurde, musste im Verständnis Webers im praktischen Tun versöhnt werden. Ihre Kritik an Einschnitten bei der Finanzierung der Familienfürsorge machte 1932 bereits vernehmlich, von welchen Vorstellungen sie politisch ausging; sie widersprach einer „fiskalischen Bewertung, die übersieht, dass Vorbeugen sparsamer ist als Nachsorgen. Ich richte deshalb ... meine herzliche Bitte an alle Kommunen und kommunalen Verbände“ die Arbeit uneingeschränkt fortzusetzen und weiter zu finanzieren. Weber ging es bei ihrem Appell um die Lebenslage armer Familien, zugleich um die Sicherung der Arbeitsplätze und der Altersversorgung der Fürsorgerinnen, um die Zukunftssicherheit sozialer Frauenberufe.

Eva M. Welskop-Deffaa

GroKo in Niedersachsen



In Niedersachsen hat eine große Koalition der Verantwortung zueinander gefunden.

Die Menschen in Niedersachsen haben am 15. Oktober einen neuen Landtag gewählt. Auch wenn wir unser Wahlziel, stärkste Partei zu werden und den Ministerpräsidenten zu stellen, nicht erreicht haben, so sind wir doch in der Verantwortung, eine stabile Regierung für Niedersachsen zu ermöglichen. Deshalb sind wir mit der SPD in Gespräche eingetreten, um eine große Koalition zu bilden. Nach Jahrzehnten der Konfrontation eröffnet sie die Chance für neue und grundlegende Weichenstellungen. Ich freue mich, dass der Koalitionsvertrag die Handschrift der CDU deutlich erkennen lässt und ich als Mitglied der Verhandlungskommission dazu meinen Teil beitragen konnte.

Leider ist der Frauenanteil im neuen Landtag auf unter 30 Prozent gesunken – eine Herausforderung gerade auch für die CDU. Deshalb ist es wichtig, dass im Koalitionsvertrag eine stärkere Förderung von Frauen in gesellschaftlichen Bereichen festgeschrieben wurde – ebenso wie eine Weiterentwicklung des Mentoring-Programms „Frauen in die Politik“, um Frauen zu Kandidaturen auf Kommunal- und Landesebene zu bewegen.

Das beste Argument, sich selbst zu engagieren, ist das Vorbild von Frauen, die zeigen, dass sich Engagement lohnt, dass Veränderungen möglich sind: Mit Barbara Otte-Kinast als Landwirtschaftsministerin, Barbara Havliza als Justizministerin, Doris Nordmann als Staatssekretärin für Finanzministerium und Dr. Sabine Johannsen als Staatssekretärin im Ministerium für Wissenschaft und Kultur sind starke Frauen auf einflussreiche Positionen berufen worden. Neben den fachlichen Herausforderun-

gen in ihren Ressorts werden sie immer auch den spezifisch „frauenpolitischen Blick“ in ihre Arbeit einfließen lassen. Im Vorstand der CDU-Landtagsfraktion werden sie von Mareike Wulf aus Hannover als stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Kultus und Wirtschaft, Editha Westmann aus der Wedemark als Sprecherin für Petitionen und Dr. Esther Niewerth-Baumann aus Oldenburg als Sprecherin für Justizvollzug unterstützt.

Leitlinie für ein zukunftsorientiertes Niedersachsen ist ein gleichberechtigtes und partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern – in Führungsetagen - vor allem aber auch im Alltag einer jeden Frau. Deshalb soll das Niedersächsische Gleichberechtigungsgesetz (NGG) analog zum Bundesgleichstellungsgesetz (BGleiG) so ausgerichtet werden, dass der Gleichberechtigung von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst effektiv Rechnung getragen wird. Ein Landesgremiengesetz soll nach dem Vorbild des Bundesgremienbesetzungsgesetzes (BGremBG) geschaffen werden. Darüber hinaus wird die Förderung der „Koordinierungsstellen Frauen und Beruf“ fortgesetzt - diese hat auch in der nächsten EU-Förderperiode ab 2020 Priorität. Geflüchtete Frauen sollen auch weiterhin von mit ESF-Mittel geförderten Modellprogrammen bei der Arbeitssuche profitieren.

Aber auch in anderen Politikbereichen hat die Union inhaltliche Akzente gesetzt:

Kultus: Endlich Schulfrieden – das bedeutet keine Strukturdebatten mehr auf den Rücken von Schülerinnen und Schülern, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrern. CDU und SPD haben vereinbart, eine zukunftsfähige Schulst-



riktur zu schaffen, die über die kommende Legislaturperiode hinaus Stabilität und Kontinuität garantiert. Ein Unterrichtssicherungspaket mit mindestens 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen wird geschnürt. Förderschulen Lernen im Sekundarbereich I erhalten auf Antrag Bestandsschutz bis 2028; es werden keine weiteren Förderschularten abgeschafft. Darüber hinaus erfolgt zum Kindergartenjahr 2018/2019 die vollständige Beitragsfreiheit für Kinder im Kindergartenalter.

Inneres: Die Polizei bekommt mehr Möglichkeiten im Kampf gegen Gefährder. Dafür werden die Regierungspartner gesetzliche Regelungen zur Einführung der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (elektronische Fußfessel), zu Meldeauflagen und Kontaktverboten, zur sogenannten Quellen-Telekommunikationsüberwachung sowie zur Onlinedurchsuchung schaffen und damit veränderten Kriminalitätsphänomenen Rechnung tragen. SPD und CDU streben an, bis zu 3.000 zusätzliche Stellen im Polizeidienst zu schaffen. In einem ersten Schritt sollen 1.500 Vollzugsbeamtinnen und Vollzugsbeamte und zusätzliche Verwaltungskräfte sowie Spezialistinnen und Spezialisten eingestellt werden.

Asylpolitik: CDU und SPD haben vereinbart, dass Asylbewerber ohne Bleibeperspektive möglichst in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben und direkt von dort in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. Die Abschiebung von Gefährdern und Integrationsverweigerern hat dabei oberste Priorität. Familien werden nach der Registrierung in den Erstaufnahmeeinrichtungen direkt auf die Kommunen verteilt.

Kommunen: Mit einem Investitionsprogramm für Kommunen sollen in den kommenden fünf Jahren kommunale Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro mobilisiert werden. Damit werden gleichwertige Lebensbedingungen insbesondere bei Bildung, Mobilität, Kultur, Pflege und ärztlicher Versorgung geschaffen; dazu gehören auch die Digitalisierung und ein flächendeckender Ausbau mit glasfaserbasierter Breitbandinfrastruktur. Dafür stehen bis 2022 eine Milliarde Euro an Landesmitteln zur Verfügung.

Landwirtschaft: Niedersachsen soll nicht mehr nur quantitativ, sondern auch qualitativ Agrarland Nummer eins in Deutschland werden. Dazu braucht es ein faires Miteinander zwischen landwirtschaftlicher Produktion, Tierwohl sowie Verbraucher- und Umweltschutz. Das gilt für ökologisch sowie konventionell erstellte Lebensmittel.

In Niedersachsen hat eine große Koalition der Verantwortung zueinander gefunden. Sie ist ein Signal für eine neue Politik, die aus unterschiedlichen Haltungen die besten Lösungen für Niedersachsen sucht und langfristig die Weichen für das Land und seine Bürger stellt. Heraus aus der Konfrontation – hin zu einer pragmatischen und lösungsorientierten Politik für ein erfolgreiches und innovatives Niedersachsen.

Parlamentarische Staatssekretärin
Dr. Maria Flachsbarth MdB ist stellvertretende
Landesvorsitzende der CDU in Niedersachsen

Klare Ziele, gutes Netzwerk



Rosely Schweizer (77), geborene Oetker, erzählt, wie ihre Großmutter in den 50er Jahren Deutschlands größten Unternehmerinnenverband gründete und wie die Frauen der Wirtschaft erfolgreich zusammenhielten – bis heute.

Frau Schweizer, Ihre Großmutter, die Stahlunternehmerin Käte Ahlmann, gründete 1954 den heutigen Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU). Er repräsentiert inzwischen 1800 frauengeführte Unternehmen mit 85 Milliarden Euro Jahresumsatz. Sie selbst waren Beiratsvorsitzende der Oetker-Gruppe und leiten das Kuratorium der Käte Ahlmann Stiftung, einem Beratungsnetzwerk von Unternehmerinnen – wie hat Ihre Großmutter Sie beeinflusst?

Als Scheidungskind war ich oft bei meiner Großmutter in Rendsburg, wir hatten ein enges Verhältnis. Ich spielte unter ihrem Schreibtisch, da war mein Büro, weil sie eigentlich immer arbeitete. Oder sie schickte mich in die Gießerei, dort gab es Formsand zum Spielen. Ich bin also praktisch im Unternehmen aufgewachsen. Später als ich bei ihr lebte und in Rendsburg Abitur machte, haben wir zusammen Tagesschau geguckt und sie brachte mir bei, die Wirtschaftsteile und Börsenseiten der großen Zeitungen zu lesen. Wenn wir Besuch hatten, musste ich als junges Mädchen eine kleine Ansprache halten, was ich natürlich hasste, aber im Nachhinein war es natürlich eine sehr gute Übung. Mit 18 Jahren schenkte sie mir ein Aktienpaket in Höhe von 10.000 D-Mark, was damals viel Geld war. Im Grunde hat sie mir die Liebe zur Wirtschaft beigebracht mit allem Risiko und allen Freiheiten, die eine eigene Firma mit sich bringen und sie hat mir vorgelebt, wie viel Arbeit und Verantwortung das bedeutet.

Zu Lebzeiten Ihrer Großmutter – in den fünfziger Jahren – war eine Frau, die einen Wirtschaftsverband nur

von Unternehmerinnen gründet absolut außergewöhnlich. Gab es nicht Widerstand und Spott?

Aber sicher! Die Presse schrieb etwas herablassend vom „millionenschweren Damenkränzchen“ und eigentlich sei der Verband „die Nelke im Knopfloch der deutschen Wirtschaft“. Der damalige BDI-Chef Fritz Berg erklärte zum Zusammenschluss der Unternehmerinnen, dies sei nur eine vorübergehende Übergangserscheinung nach dem Krieg. Für viele Männer war so ein rein weiblicher Wirtschaftsverband richtig lästig. Und wenn man sich vorstellt, dass Frauen bis zum Anfang der 70er Jahre ohne Erlaubnis des Ehemanns kein Konto eröffnen durften, dann kann man sich vorstellen, auf welche Widerstände sie stieß.

Wie hat sie die anderen Unternehmerinnen vernetzt und aus der Vereinigung einen stabilen, heute äußerst einflussreichen Verband gemacht?

Zunächst war das schiere Notwendigkeit nach dem Krieg. Viele hatten die Männer in der Familie verloren, die Frauen mussten die Firmen einfach übernehmen, auch wenn sie ständig unterschätzt wurden. Die Frauen damals hatten ja noch ganz andere Probleme als Gleichberechtigung oder Frauenrechte, erstmal ging es um Friedenssicherung und schlicht um das Überleben und den Wiederaufbau der einzelnen Unternehmen. Bei den Treffen, häufig im Wohnzimmer meiner Großmutter, ging es um ganz normale unternehmerische Fragen, etwa Ärger mit den Gewerkschaften, Probleme bei Expansion, die Frauen tauschten Adressen guter Anwälte oder holten sich Rat



für ihre persönlichen Ziele bei erfahreneren Firmenchefinnen. Diese Themen und die gegenseitige Beratung waren die Basis dieses Frauennetzwerks. Darüber hinaus war meine Großmutter sehr durchsetzungsstark. Ich erinnere mich, wie sehr sie sich in den 60er Jahren bei Treffen der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmen amüsiert hat: „Die Männer gehen da aufs Podium, gucken runter, sehen mich in der ersten Reihe sitzen und fangen an mit ‚Meine Herren!‘“ Solche Erlebnisse gaben ihr zweifellos den Antrieb, sich nicht unterkriegen zu lassen.

Was waren die ersten Forderungen auf der Agenda des VdU?

Für die Unternehmerinnen kam es anfangs vor allem drauf an, durch zahlreiche eigene Veranstaltungen bis hin zu Weltkongressen überhaupt hörbar und sichtbar in Medien und Politik zu werden, gleichzeitig an Selbstbewusstsein zu gewinnen. Der Verband brachte damals auch „Skandalgeschichten“ an die Öffentlichkeit, wenn etwa eine Frau entlassen wurde, weil sie schwanger war und verschaffte sich so Aufmerksamkeit für seine Forderungen. Ansonsten verlangten die Unternehmerinnen Abhilfe gegen den Fachkräftemangel, mehr Frauen in Ingenieur-Berufen und früheren Fremdsprachenerwerb in den Schulen. Erst später kamen Zugang zum Kapitalmarkt für Frauen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Entgeltgleichheit ...

... oder auch die Quote?

Ja, da mag es unterschiedliche Schwerpunkte bei Einzelnen geben, aber ich trete mit vollstem Herzen für die Quote ein. Mich freut, dass junge Frauen heute ein hohes Selbstbewusstsein haben, aber es nutzt nichts – irgendwann kommt dann doch die berühmte gläserne Decke und die kann man nur mit gesetzlichen Regeln brechen.

Vera Schalck

Powerfrauen der Wirtschaft

Die Enkelin – Unternehmerin und Politikerin

Foto: K. Bolte, Freelens Pool



Rosely Schweizer wurde 1940 als älteste Tochter von Marlene und Rudolf-August Oetker in Hamburg geboren. Die Diplomvolkswirtin war zeitweilig persönlich haftende Gesellschafterin der Sektkellerei Henkell & Söhnlein. Von 2002 bis 2007 leitete sie als Vizepräsidentin den Verband deutscher Unternehmerinnen (VdU), den ihre Großmutter Käte Ahlmann Mitte der 50er Jahre gründete.

Nach dem Tod ihres Vaters 2007 übernahm Schweizer fünf Jahre den Beiratsvorsitz der Oetker-Gruppe. Die Oetker-Gruppe gehört mit 32.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von 11,3 Milliarden zu den großen europäischen Familienunternehmen. Außerdem saß sie von 1992 bis 2001 als wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg. Schweizer hat drei Kinder und mittlerweile sieben Enkel. Aktuell kümmert sie sich als Kuratoriumsvorsitzende der Käte Ahlmann Stiftung um exklusive Mentoring-Programme von Unternehmerinnen für junge Unternehmerinnen.

Die Großmutter – Stahlunternehmerin und Netzwerkerin für Frauen:

Foto: Rosely Schweizer



Katharina („Käte“) Aline Ahlmann (* 1890, † 15. Juni 1963) war die Tochter des Kölner Senatspräsidenten Josef Braun. Nach der Schule lernte sie zunächst Gärtnerin, heiratete und bekam vier Kinder. 1931 übernahm Käte Ahlmann die Führung der Eisengießerei „Carlshütte“, nachdem ihr Mann überraschend verstorben war. Die Carlshütte war das erste und eins der größten Industrieunternehmen Schleswig-Holsteins.

Sie wurde rasch zu einer der profiliertesten Unternehmerinnen ihrer Zeit und zur Gründermutter und Präsidentin des heutigen Verbands deutscher Unternehmerinnen (VdU). Ihr Motto: „Ob mir ein Mann seinen Sitz in der Straßenbahn anbietet, ist mir egal. Er soll mir einen Sitz in seinem Aufsichtsrat anbieten!“



Foto: FU Sachsen

Die CDU hat in Sachsen bei der Bundestagswahl 15,8 Prozent verloren. Die Frauen Union Sachsen hat die Ursachen analysiert und ein „Acht-Punkte-Manifest für ein zukunfts- und wertorientiertes Sachsen“ verabschiedet.

Weckruf Wahlergebnis

Die Bundestagswahl hat in Sachsen die Union in eine besondere Lage gebracht. Das Signal der Wählerinnen und Wähler war unmissverständlich. In den Tagen nach der Wahl hat sich gezeigt, dass auch ein Großteil jener, die der Union ihre Stimme gegeben haben, zweifelnd und besorgt sind. Als sächsische Frauen Union müssen wir dazu beitragen, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt und wir wieder zum Tagesgeschäft in Gremien und Fraktionen übergehen. Seit 1990 war unser Anspruch das Land zu einen und pragmatisch um einen breiten Konsens zu ringen. Unseren Willen, die Botschaft der Wähler aufzunehmen und in konkrete gesetzgeberische Veränderungen und ein zeitgemäßes Verwaltungshandeln zu übersetzen, müssen wir beweisen. Als FU haben wir die aus unserer Sicht wichtigen Punkte als Weckruf zusammengefasst. Was wir auf dem FU-Landesdelegiertentag am 11. November 2017 in Siebenlehn/Mittelsachsen beschlossen haben, wurde vom Landesparteitag übernommen und wird jetzt – nicht zuletzt in Hinblick auf die Landtagswahl im Jahr 2019 – umgesetzt:

- 1.** Wir als Sächsische Union wollen das verlorengegangene Vertrauen der Menschen zurück gewinnen. Dafür müssen wir uns sicht- und spürbar den Sorgen der Menschen in den Städten und auf dem Land annehmen. Die verschiedenen Anliegen müssen von uns gemeinsam auf der jeweils zuständigen politischen Ebene (Kommunal-, Landes-, Bundes- und Europaebene) gelöst werden. Angesichts der sich inzwischen aufge-

stauten Problemlagen in Bildung, Innere Sicherheit, medizinische Versorgung im ländlichen Raum, Kommunal финанzen, Lohnniveau, drohende Altersarmut, Digitalisierung, Einwanderung und Integration, Bürokratielasten müssen wir wieder als Kümmerer von den Menschen wahrgenommen werden. Ebenso müssen die Verwaltungen mehr als Dienstleister im Sinne der Bürgerinnen und Bürger agieren.

- 2.** Wir müssen wieder eine offene Diskussions- und Streitkultur um die besten Lösungen für unser Land leben. Dabei ist bei Gremienbesetzungen, zum Beispiel im Landesvorstand der Sächsischen Union wie auch in anderen politischen Gremien darauf zu achten, dass mindestens ein Drittel der Positionen mit ehrenamtlich Tätigen besetzt wird. Ein Gremium, das überwiegend aus Berufspolitikern besteht, darf es nicht weiter geben. Die Frauen Union fordert die Wahlperioden der politisch Hauptamtlichen auf zwei Perioden zu begrenzen.
- 3.** Wir sind eine Volkspartei mit christlich-sozialen, liberalen und konservativen Wurzeln und dies muss zukünftig auch so bleiben. Dazu muss sich die Union weiter für neue Mitglieder öffnen und einen breiten vielfältigen demokratischen Diskurs zulassen. Für eine verantwortungsvolle und gemeinwohlorientierte Politik brauchen wir ein ausgewogenes Verhältnis von Männern und Frauen. Die FU Sachsen fordert bei Führungspositionen in der Sächsischen Union, in der

Landesregierung und –verwaltung die Hälfte mit Frauen zu besetzen.

4. Vor allem beim Thema Bildung haben wir aus Sicht der Menschen keine gute Arbeit gemacht. Die von der CDU angeführte Landesregierung wird aufgefordert, dieses Thema inhaltlich wie personell zur Chefsache zu erklären. Die FU fordert bessere Rahmenbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer in Sachsen zu schaffen, eine signifikante Erhöhung von Personal in allen Schulformen umzusetzen und nicht zuletzt die Verbeamtung der Lehrerschaft vorzubereiten. Zudem müssen sich die Rahmenbedingungen für Erzieherinnen und Erzieher in Kitas deutlich verbessern, nämlich durch eine substantielle Erhöhung des Personalschlüssels, um dem Bildungsauftrag im frühkindlichen Bereich gerecht zu werden.
5. Unzufrieden sind viele Bürger darüber hinaus mit dem Thema Innere Sicherheit. Wir brauchen eine personell wie technisch gut ausgestattete Polizei und ein effizientes Justizwesen, die rechte und linke Gewalt rigoros und konsequent ahnden. Dafür schlägt die FU Sachsen einen eigenen Staatssekretär für den Bereich Innere Sicherheit vor, der für bessere Bedingungen und mehr Anerkennung der Polizistinnen und Polizisten sorgt. Nur mit einer motivierten und nicht überlasteten Polizei können die Herausforderungen sowohl in den Grenzregionen als auch in den Großstädten bewältigt werden. Die Präsenz durch Polizistinnen und Polizisten muss deutlich erhöht und die zunehmende Respektlosigkeit gegenüber Polizistinnen und Polizisten nachdrücklich bekämpft werden.
6. Die FU Sachsen fordert, sich innerhalb der Sächsischen Union Gedanken über neue Beteiligungsformen der Bürger bei politischen Entscheidungsprozessen zu machen. Nur indem wir Bürgern auf Augenhöhe begegnen und ihre Anliegen ernst nehmen, gewinnen wir verloren gegangene Glaubwürdigkeit und

Vertrauen zurück. Politik darf nicht weiter von einigen Wenigen in Hinterzimmern gemacht werden, sondern sollte transparent, ehrlich und einladend sein. Dazu gehört auch, die Beteiligung und Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren stärker zu fördern.

7. Politische Bildung wurde in den vergangenen Jahren sträflich vernachlässigt. Hier muss dringend mehr getan werden. Wir fordern zum Beispiel eine Erhöhung der Stunden für Politikunterricht in allen Schularten. Ein Bagatellisieren rechtsnationaler Strömungen oder das sich Zurückziehen in die „Schmollecke“ bringt uns ebenso wenig weiter, wie die Flucht nach rechts. Es bedarf der Ehrlichkeit und des Anpackens bei der Lösung von Sorgen und Nöten, aber auch klarer Haltung und ebensolchen Vorgehens gegen jegliches extremistisches Gedankengut.
8. Zudem fordert die FU Sachsen die Landesregierung auf, sich der Aufarbeitung der Zeit der Wiedervereinigung anzunehmen. Dabei sollte die Anerkennung der Lebensleistung der Bürgerinnen und Bürger sowohl vor als auch während und nach der Wiedervereinigung, aber auch die Folgen des tiefgreifenden Strukturwandels in den neuen Bundesländern zum Schwerpunkt gemacht werden.

Wir verstehen diese 8 Punkte als Impuls auf die geänderten Bedingungen zu reagieren und keine Scheu vor klaren Worten zu haben. Die Wählerinnen und Wähler haben seit 1990 die Erfahrung gemacht, dass freie und allgemeine Wahlen die Verhältnisse ändern. Das ist durch die Bundestagswahl wieder in das Bewusstsein der Menschen getreten, zumindest in Ostdeutschland. Niemand sollte unterschätzen, was das für eine Aktivierungswirkung in unserem Land hat.

Sandra Gockel ist Landesvorsitzende der Frauen Union der CDU Sachsen

Mitgliederbeauftragte der Frauen Union

Foto: Tobias Koch



„Wenn Spinnen vereint weben, können sie einen Löwen fesseln.“

Mit diesem Sprichwort aus Äthiopien habe ich mich Ihnen bei unserem diesjährigen Bundesdelegiertentag in Braunschweig als neue Bundesmitgliederbeauftragte der Frauen Union vorgestellt. Und dies möchte ich nun auch mit Ihnen gemeinsam tun – vereint arbeiten, um die Frauen Union voran zu bringen und mehr Frauen für die politische Arbeit zu begeistern!

Ich möchte Ihnen gerne kurz vorstellen, wer ich bin, wo ich meine Aufgabenschwerpunkte im kommenden Jahr setze und was meine nächsten Arbeitsschritte sein werden.

Mein Name ist Jessica Weller, ich bin 33 Jahre alt und lebe mit meinem Mann im Norden von Rheinland-Pfalz. Ich bin Diplom-Verwaltungswirtin (FH) und als solche beim Bundesministerium des Inneren beschäftigt.

Als projektverantwortliche Mitgliederbeauftragte auf Bundesebene möchte ich zukünftig ein Netzwerk und einen Ideen-Pool schaffen, von denen wir alle profitieren können. Dazu plane ich im Laufe des Jahres 2018 alle FU-Landesverbände persönlich zu besuchen, um dort mit den Vorsitzenden, den Landesmitgliederbeauftragten (sofern diese schon gewählt wurden) und anderen interessierten Mitgliedern in einen Austausch zu treten sowie Ihre Fragen zu beantworten. Welche Unterstützung benötigen Sie konkret vor Ort? Was sind eigentlich genau die Aufgaben einer Mitgliederbeauftragten? Welche Instrumente zur Mitgliedergewinnung nutzen Sie bereits in Ihrem Verband? Was würden Sie gerne darüber hinaus noch anbieten? Gibt es ein Mentoring-Programm? Wir haben innerhalb der FU schon ganz viele tolle Ideen zur Mitgliedergewinnung und -aktivierung, die erfolgreich in unseren Ver-

bänden genutzt werden. Diese möchte ich sammeln und (sofern es vom Ideengeber befürwortet wird) uns allen verfügbar machen. Kommen Sie daher gerne mit Terminvorschlägen und Anregungen auf mich zu!

Weiterhin plane ich, in Zukunft mit allen Landesverbänden an der Aktivierung und Qualifizierung unserer Mitglieder zu arbeiten. In einigen Verbänden haben wir bereits ein sehr gutes und erfolgreich laufendes Mentoring-Programm. Es wäre wünschenswert, wenn wir eine solche Chance der Vernetzung und persönlichen Förderung auf das ganze Bundesgebiet ausweiten könnten. Dabei kann ich mir auch sehr gut Kooperationen zwischen kleineren oder mitgliederschwächeren Landesverbänden vorstellen. Ich möchte hierbei auch gerne die kommunale Ebene mit einbeziehen – denn in meinen Augen sollte es eine unserer zentralen Aufgaben insbesondere auf Kreisebene sein, auch den Anteil von Frauen in den kommunalen Gremien und kommunalen Führungspositionen zu erhöhen. Die Aktivierung und Qualifizierung von interessierten Frauen möchte ich gerne in den kommenden Jahren angehen.

Wir müssen das Rad nicht neu erfinden, aber wir sollten in einen stärkeren Austausch kommen und unsere Fähigkeiten besser bündeln. Dies möchte ich mit Ihnen gemeinsam erreichen. Ich freue mich auf unsere Zusammenarbeit!

Jessica Weller ist seit August 2017
FU-Mitgliederbeauftragte.
jessicaweller83@gmail.com



Populismus in Europa –
Quo vadis, Democracy?

Herausforderungen des Populismus

War Deutschland die letzte Bastion, die unlängst ebenfalls von den Populisten erobert worden ist? Dass die rechtsextreme AfD bei den letzten Bundestagswahlen mit 94 Sitzen ins Parlament einzog, war für viele von uns ein schockierendes Ergebnis. Wenn wir uns allerdings umschauen, brauchen wir keineswegs überrascht zu sein.

Im Laufe der letzten Jahre hat Europa eine ganze Reihe von Wahlkämpfen erlebt, welche durch politische Polarisierung und den Aufstieg populistischer Parteien wie der AfD bestimmt waren. Ich brauche hier keine Länder oder Namen zu nennen, sie sind alle bekannt.

Die Politik wird von diesen Parteien als eine Auseinandersetzung zwischen Gut und Böse, zwischen den „normalen Leuten“ und den „reichen, globalisierten politischen Eliten“ beschrieben. Dabei instrumentalisieren sie die Furcht, um Wähler anzuziehen, völlig unabhängig davon, welchem Thema denn diese Furcht gelten soll. In vielen Ländern ist die Furcht vor dem Islam ihr vorherrschendes Thema, desgleichen die Furcht vor dem Verlust der nationalen Identität und Kultur sowie von Arbeitsplätzen, die von Migranten oder anderen Ausländern beansprucht werden könnten. Ihre Botschaft lautet, die beste Zukunft liege in einer Politik, die uns in die „Geborgenheit vergangener Zeiten“ zurückführe. Die schrecklichen, todbringenden Erfahrungen der Vergangenheit werden dabei total ausgeblendet.

Die Populisten sind Vereinfacher und, genau besehen, leugnen sie die Zukunft. Darum können sie nicht gestalten, sie wollen nur behalten, und sind damit die Totengräber der Nation, die sie ja vermeintlich groß machen wollen.

Indessen nutzen rücksichtslose populistische Parteien, die ihrerseits vor niemanden Respekt haben, die digitale Revolution für sich selbst. Die Digitalisierung hat zu einem gewaltigen Wandel in der Art und Weise geführt, wie Menschen miteinander kommunizieren. Überall in Europa stellen wir fest, dass die zunehmende und kein Thema aussparende Verbreitung von „fake news“ zu einer Gefahr für unsere Grundfreiheiten wird, wie zum Beispiel die Rede- und Informationsfreiheit, und dadurch unser demokratisches Politiksystem selbst bedroht.

Es besteht kein Zweifel, dass wir lernen müssen, mit Populisten in der Politik umzugehen. Im letzten Jahr und abschließend auf unserem Kongress im November in Berlin, diskutierten Frauen aus unserer europäischen politischen Familie ausführlich über die Folgen einer populistischen Politik für die Zukunft unserer Demokratien in ihren jeweiligen Ländern.

Uns wurde während dieser Diskussionen klar, dass wir in Bezug auf die Digitalisierung und die neuen Medien extrem auf der Hut sein müssen. Im Kampf gegen Fake News und Infiltration durch Trolle brauchen unsere Gesellschaften einen professionell arbeitenden, unabhängigen, ethischen Journalismus, der sich an Tatsachen hält, um nämlich klar zu machen, dass es einen Unterschied gibt zwischen unbegründeten Wahrnehmungen und Fakten, die auf Recherche und Objektivität beruhen.

Wir alle müssen wachsam sein und uns gegebenenfalls einmischen, nichts ist mehr selbstverständlich und vieles kann ganz schnell verloren gehen.

frau & info



Foto: FU

Wie auch andere europäische Länder befindet sich Deutschland mitten in einem Wandel, in dem die zentralen Elemente demokratischen Denkens und demokratischer Praxis vor ungeheuren Bedrohungen stehen.

Um diese Herausforderungen des Populismus und die immerwährende Aufgabe der Legitimierung von Demokratie zu bewältigen, darf man nicht auf einfache Antworten hoffen. Wir brauchen auch mehr denn je Bildungsangebote auf allen Ebenen und für alle Altersgruppen, die diese lebensnotwendigen Fragen in ihrer täglichen Arbeit angehen.

Wir haben uns ein Jahr lang intensiv mit diesen Fragen befasst und mit einer Resolution dokumentiert. („Quo vadis, Democracy?“ auf www.epp.eu)

Dr. h.c. Doris Pack MdEP
ist Präsidentin der EVP Frauen

Neue Gesichter

Nachdem der Niedersächsische Landtag am 22. November die neue Landesregierung bestätigt hat, sollen an dieser Stelle kurz die zwei CDU-Ministerinnen Justizministerin Barbara Havliza und Landwirtschaftsministerin Barbara Otte-Kinast vorgestellt werden.



Foto: CDU NDS

Die gebürtige Dortmunderin Barbara Havliza ist eine Quereinsteigerin in der Politik. Bernd Althusmann hatte sie bereits in seinem Kompetenzteam vorgesehen. Zuletzt war sie Vorsitzende Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf, wo sie als Vorsitzende den 6. Strafsenat für Staatsschutzsachen leitete. Einen großen Teil ihres Berufslebens verbrachte die 59-jährige Juristin in Osnabrück. Von 1992 bis 2006 arbeitete sie dort als Richterin am Landgericht, danach war sie Direktorin des Amtsgerichts Bersenbrück. Justizministerin Havliza ist verheiratet und hat zwei Kinder. Bei der Übernahme der Amtsgeschäfte als neue Ministerin erklärte sie: „Es ist mir eine große Ehre, die niedersächsische Justiz und den Justizvollzug in den nächsten fünf Jahren gestalten zu dürfen und für die Herausforderungen der Zukunft noch besser aufzustellen. Dabei ist es mir ein besonderes Anliegen, die Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzug so auszustatten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer wichtigen Aufgabe in vollem Umfang gerecht werden können“.



Foto: CDU NDS

Bei der Vorstellung seines Kompetenzteams stellte Bernd Althusmann Barbara Otte-Kinast als erste mit folgenden Worten vor: „Mit Frau Otte-Kinast habe ich bewusst jemanden ins Team gebeten, der die Situation im

ländlichen Raum, in den Familien und in der Landwirtschaft von Grund auf kennt. Ihr Erfahrungsschatz wird sehr dabei helfen, drängende Probleme in unserem Agrarland Nummer 1 anzugehen. Die Stimmung für unsere Betriebe zum Beispiel muss besser werden, die in den letzten Jahren rein ideologisch geführten Diskussionen helfen doch keinem weiter. Die Bäuerinnen und Bauern gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Frau Otte-Kinast wird viele Aufgaben anpacken müssen, dafür ist sie die richtige Frau“. Die 1964 in Ehmen/Wolfsburg geborene Barbara Otte-Kinast führt gemeinsam mit ihrem Mann in Beber (Bad Münder) einen Betrieb mit Milchvieh, Ackerbau und Biogas und war seit 2014 Vorsitzende des Niedersächsischen Landfrauenverbandes, einer Organisation mit 70.000 Mitgliedern. Die Mutter von drei Kindern ist Staatl. Geprüfte Ländliche Hauswirtschaftsleiterin, seit 2001 Stellv. Ortsbürgermeisterin und seit 2004 als Mitglied des Kreistages Hameln-Pyrmont für die CDU kommunalpolitisch tätig.



Foto: FU Höxter

Ich kaufe hier ein, damit meine Stadt lebt!
Der Kreisverband der Frauen Union der
CDU Höxter kämpft gegen Leerstand.

Kampagne gegen Leerstand

Der Vorstand der Kreis Frauen Union der CDU Höxter startete in der Vorweihnachtszeit die Aktion „Ich kaufe hier ein, damit meine Stadt lebt!“. In allen zehn Städten des Kreisgebietes, wurden insgesamt über 300 Aufkleber an Geschäfte und Apotheken verteilt, die den Aufkleber gut sichtbar an der Eingangstür, oder am Schaufenster angebracht haben. Der Vorstand möchte damit die Kunden gerade in der Vorweihnachtszeit dazu animieren, doch vor Ort einzukaufen, um die inhabergeführten Geschäfte in Ihrer Stadt zu unterstützen, erläutert die Kreisvorsitzende Viola Wellsow die Aktion. Das ist uns wichtig, weil wir nicht möchten, dass unsere Innenstädte weiter ausbluten. Jedem muss bewusst sein, wie wichtig der Kunde ist. Die Geschäfte brauchen uns als Kunden, um nachhaltig wirtschaftlich arbeiten zu können. Mit dieser Aktion können wir dieses Bewusstsein beim Kunden schaffen. Außerdem zeigt sich dadurch, dass an vielen Geschäften der Aufkleber hängt, dass die Geschäftsleute zusammenhalten und gemeinsam daran arbeiten und etwas dafür tun, dass die Innenstädte wiederbelebt werden. Die Aktion ist ein Puzzleteil von vielen, z. B. eine funktionierende Werbegemeinschaft, gemeinsame Aktionen, aber auch Veränderungsbereitschaft der Einzelhändler und ein ansprechendes Angebot, die nötig sind, um die Kunden wieder in die Geschäfte vor Ort zu bekommen.

Was spricht für den Einzelhändler vor Ort? Unserer Meinung nach sehr viel. Er schafft Arbeits- und Ausbildungsplätze vor Ort, zahlt seine Steuern in Deutschland und in seiner Gemeinde, er bietet Service und Beratung durch geschultes Personal und sagt auch bei Spendenan-

fragen durch Vereine meistens nicht nein, sondern unterstützt diese, meint der Vorstand der Kreis-Frauen.

Am Anfang stand bei uns der Wunsch, etwas gegen den Leerstand und für die Belebung der Innenstädte zu unternehmen. Bei unserer Recherche bin ich dann auf die Vorsitzende der FU Bad Sachsa Marlis Schakat gestoßen, die diese Aktion in Bad Sachsa schon erfolgreich durchgeführt hatte. Ich habe mich mit ihr ausgetauscht und darum gebeten diese Aktion in ähnlicher Form aufgreifen zu dürfen, sagt die Vorsitzende Viola Wellsow.

Gesagt, getan. Im nächsten Schritt gaben wir Marketa Teutrine, ebenfalls aktiv in der Frauen Union in unserem Nachbarkreis Lippe, von der gleichnamigen Werbeagentur aus Detmold den Auftrag, uns die Aufkleber zu designen, berichtet Viola Wellsow.

Bevor es los gehen konnte, luden wir zu einem Pressegespräch ein, um die Aktion vorzustellen. Das wurde auch sofort von der Presse positiv bewertet und aufgegriffen, so dass es für uns leichter war, an die Geschäftsleute heranzutreten, weil viele schon in der Zeitung gelesen hatten, um was es geht und sich eine Meinung dazu bilden konnten. Die Phase der Verteilung der 300 Aufkleber in zehn Städten verlangte meinem Vorstand und mir viel ab und dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken. Denn ohne den großen, persönlichen Einsatz, hätten wir diese zeitintensive Aktion nicht machen können, sagt die Kreisvorsitzende Viola Wellsow. Belohnt wurden wir durch viel Lob und Anerkennung. Wir haben viele positive und konstruktive Gespräche geführt und planen schon jetzt Folgeveranstaltungen,

frau & film



Foto: FU Höxter



Foto: FU Höxter

die aus dieser Aktion heraus entstehen werden. Zum Beispiel werden wir jetzt zeitnah eine Veranstaltung mit den Apothekern unseres Kreises machen, denn auch die sind bedroht durch die Versandapotheken und müssen gestärkt werden. Hier möchten wir aufklären. Die Aktion ist ein erster Schritt, aus dem viele weitere folgen werden. Wir möchten darauf aufbauen und langfristig etwas entwickeln, denn uns geht es um die Sache. Aus diesem Grund haben wir die Aktion auch bewusst außerhalb der Wahlkampfzeit gelegt.

Wir bewerten die Aktion schon jetzt als sehr positiv und würden uns freuen, wenn wir noch mehr Nachahmer finden würden. Einige Frauen Unionen, mit denen wir auf Facebook vernetzt sind, und die dort über den Verlauf der Aktion gelesen haben, haben schon Kontakt zu uns aufgenommen und wollen die Aktion ebenfalls umsetzen. Das finden wir sehr gut. Wir wünschen allen genauso viel Erfolg bei der Aktion, viele gute Gespräche und dass wir gemeinsam etwas bewegen können. Denn Frauen wollen machen, statt nur zu reden, ist sich der Kreisvorstand der Frauen Union Höxter einig.

Viola Wellsow ist Kreisvorsitzende der Frauen Union der CDU Höxter



Die göttliche Ordnung

Schweiz, 1971: Nora ist eine junge Hausfrau und Mutter, die mit ihrem Mann, den zwei Söhnen und dem missmutigen Schwiegervater in einem beschaulichen Dorf im Appenzell lebt. Hier ist wenig von den gesellschaftlichen Umwälzungen der 68er-Bewegung zu spüren. Die Dorf- und Familienordnung gerät jedoch gehörig ins

Wanken, als Nora beginnt, sich für das Frauenwahlrecht einzusetzen, über dessen Einführung die Männer abstimmen sollen. Von ihren politischen Ambitionen werden auch die anderen Frauen angesteckt und proben gemeinsam den Aufstand. Beherzt kämpfen die züchtigen Dorfdamen bald nicht nur für ihre gesellschaftliche Gleichberechtigung, sondern auch gegen eine verstaubte Sexualmoral. In der Komödie treffen chauvinistische Vorurteile und echte Frauen-Solidarität aufeinander.



Hidden Figures

1943 stellt das Langley Memorial Aeronautical Laboratory der NACA, die später zur NASA wird, erstmalig afroamerikanische Frauen ein. „Menschliche Rechner“ – unter ihnen Dorothy Vaughan, die 1953 Vorgesetzte der brillanten afroamerikanischen Mathematikerin Katherine Johnson wird. Trotz Diskriminierung und Vorurteilen, treiben sie die Forschungen der NASA voran und Katherine Johnsons Berechnungen werden maßgeblich für den Erfolg der Apollo-Missionen.

Impressum

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der Frauen Union der CDU Deutschlands · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · Telefon 030 22070-452 · Telefax 030 22070-439 · fu@cdu.de · www.frauenunion.de · **Bundesgeschäftsführerin:** Claudia Hassenbach · **Redaktionsleitung:** Silke Adam · **Verlag:** Union Betriebs-Gesellschaft mbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Telefon 02226 802-0 · Telefax 02226 802-111 · Telefon Vertrieb 02226 802-213 · Geschäftsführer: Rudolf Ley · **Erscheinungsweise:** 6-mal im Jahr · **Bezugspreis:** Einzelpreis 2,50 Euro · Jahresabonnement: 15,- Euro · **Bankverbindungen:** Sparkasse KölnBonn (IBAN DE20370501980007510183, BIC COLSDE33XXX) · Postbank Köln (IBAN DE67370100500193795504, BIC PBNKDEFFXXX) · **Anzeigenverwaltung:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · **Layout, Satz & Druck:** Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach · Dieses Produkt wurde auf chlorfreiem Papier gedruckt.

FU!

Werbeartikel

Isolierkanne „FU“

Isolierkanne von EMSA in Orange mit herausnehmbarem Aroma-Teesieb, 1,00 Liter, Schraubverschluss, 12 Stunden heiß, 24 Stunden kalt, Made in Germany

Bestell-Nr.: **H899**

Preis je Kanne: **20,00 Euro**

inkl. MwSt., zzgl. 5,00 € Versandkosten



- Postalische Bestellungen: PORTICA GmbH Marketing Support
CDU-Shop · Von-Galen-Straße 35 · D-47906 Kempen
- Bestellungen per Fax: 02152 91525272
- Bestellungen per E-Mail: cdu-shop@portica.de
- Für Online-Bestellungen: e-Shop unter www.shop.cdu.de

CDU